

## Zukunft und Demokratie brauchen Bürger\*innenräte Ein Beitrag zur Weiterarbeit



Planet Erde

Foto: Weissinger

In den Augen von Kindern: Leben in einer friedlichen Welt für alle  
Im Westfalenpark Dortmund

„Sieben Krisen zum Preis von einer! Hunger, Krieg, Inflation, Corona, Waldbrände, Klima, Artensterben“ - TAZ 13.7.22. Seit 1973 (Ölkrise) mahnen Wissenschaftler, die Klimakrise ernst zu nehmen. Sie informierten über die Bedrohung und fanden kein Gehör. Maßloses Wachstum, Konsum, Ausplündern der Ressourcen gingen weiter. Die Klimakrise wurde beschwiegen, heruntergespielt. Jetzt ist sie auch in Deutschland erfahrbar.

Alarmismus wurde betrieben, wenn es um das „unbezahlbare“ Sozialsystem ging: Renten, Gesundheit, Kitas, Bildung, ÖPNV, Wohnraum für alle. Es wurde gekürzt, kaputtsaniert. Jetzt überlappen sich die Krisen, werden als Bedrohung erlebt, machen Angst, aggressiv. Die massiv Betroffenen finden kein Gehör. Corona hat es gezeigt.

Die Krise aber ist auch Chance zur Umorientierung, zu fragen, was Menschen brauchen. Geloste Bürgerräte sammeln und prüfen Ideen, empfehlen neue Wege und begleiten die Umsetzung. Sie sind nötige Ergänzung zu den durch Wahl bestimmten politischen Gremien.

### Was wir brauchen

„Bei Care-Themen wird besonders deutlich, dass Menschen (..) ihre Bedürfnisse nur im gemeinsamen, kooperierenden Handeln befriedigen können und (..) sie dafür

demokratische Strukturen benötigen“<sup>1</sup>. Die aber benötigen ihrerseits Menschen: Bürger\*innen, die unabhängig von Ausbildung, Alter und gesellschaftlichem Status Zeit haben, Energie und Ideen, um demokratische Strukturen mitzugestalten, sie zu stärken und mitzuwirken an ihrer Weiterentwicklung –

und die das dafür nötige Geld haben, d.h. ein Einkommen<sup>2</sup>, das mehr ermöglicht als allein die Befriedigung dessen, was Menschen unmittelbar zum Leben brauchen: Wohnung, Ernährung, Kleidung, Versorgung im Krankheitsfall, Mobilität, (Weiter)bildung.

Zu diesem Mehr gehören:

- Familienarbeit, die dem Partner, der Partnerin gilt, Kindern, Eltern, nahestehenden Personen, die auf Hilfe, Pflege und Unterstützung, Sorge und Fürsorge angewiesen sind,
- frei verfügbare Zeit und Geld für Hobbies, Interessen und Erholung,
- Raum und Zeit für politische Mitwirkung und Mitsprache (NGO, Bürgerinitiative, Partei).

Diese Voraussetzungen aber werden immer seltener erfüllt.

Denn Demokratien stehen unter Druck,

- weil autoritäre Entwicklungen um sich greifen,
- weil Armut, Kriege, Umweltzerstörung und Klimakrise zunehmen und Lebensgrundlagen und soziale Strukturen gefährden, zerstören, bereits zerstört haben,
- weil fehlende oder mangelhafte Bildung mit einem Mangel an Demokratiebildung verbunden ist.

Dieser Druck betrifft nicht nur ein Land oder eine Region. Er ist weltweit zu beobachten - so, wie das Virus keine Grenzen kennt und sich weltweit (aber unterschiedlich stark) verbreitet, so verbreiten sich Demokratie gefährdende Entwicklungen ohne Rücksicht auf nationale Grenzen.

### Demokratien unter Druck

Demokratische Rechte werden eingeschränkt, nationalistische und autoritäre Entwicklungen nehmen zu und Rechtsstaatlichkeit geht mehr und mehr verloren. Nach dem im Februar 2022 von Brot für die Welt veröffentlichten „Atlas der Zivilgesellschaft“ gilt Deutschland als offen – noch? Für die Mehrheit der Menschen gilt das nicht. „Nur 240 Millionen Menschen (drei Prozent) leben in den 39 offenen Staaten der Welt, in denen zivilgesellschaftliche Grundfreiheiten wie Meinungs- und Versammlungsfreiheit garantiert sind. Das sind zehn Prozent weniger als im Jahr 2020. 88 Prozent, 6,9 Milliarden Menschen, lebten 2021 in Ländern, in denen Regierungen Grundrechte beschneiden, Kritiker\*innen drangsalieren, verhaften und verfolgen. Frauen

---

<sup>1</sup> Gabriele Winker, Solidarische Care-Ökonomie - Revolutionäre Realpolitik für Care und Klima; Bielefeld 2021, S.158.

<sup>2</sup> Dabei handelt es sich um ein Mindesteinkommen, das jedem erwachsenen, in Deutschland gemeldeten Menschen zur Verfügung steht: unabhängig davon, ob erwerbstätig, arbeitslos, Rentner (mit oder ohne Partner\*in) zusteht. Kinder haben ein Recht darauf, unabhängig von der Höhe des elterlichen Einkommens eine Schule zu besuchen, die ihren Begabungen entspricht, eine Ausbildung zu machen oder zu studieren entsprechend ihren Interessen und Begabungen, ohne sich verschulden zu müssen, ein Hobby auszuüben, Mitglied in einem Verein zu sein. Ihnen steht ein Kindergeld in einer Höhe zu, die diese Bedingungen erfüllt.

sind die am häufigsten von Einschränkungen und Repressionen betroffene Gruppe, gefolgt von Menschen, die sich für Land-, Arbeits- und LSBTI-Rechte einsetzen.“<sup>3</sup>

In Deutschland erhielt bei der Bundestagswahl 2017 die AfD 12,6% der Stimmen, wurde drittstärkste Kraft und ist seitdem im Bundestag vertreten. Bei der Bundestagswahl 2021 erhielt sie mit 10,3% weniger Stimmen als vier Jahre zuvor, wurde aber in zwei Bundesländern stärkste Kraft: in Sachsen und Thüringen. Mit insgesamt 16 Direktmandaten hat sie 2021 13 Mandate mehr erhalten als 2017. Was also auf den ersten Blick als ein Verlust erscheint, ist bei genauem Hinsehen ein Zugewinn für die AfD und Festigung ihrer Position.

Die beiden in der Vergangenheit dominanten Parteien (SPD und CDU) erhielten 2021 zusammen nicht einmal 50% der Stimmen (SPD 25,7%, CDU 24,1%). Und: Fast ein Viertel der Wahlberechtigten (23,4%) hat gar nicht gewählt.

Bei der Präsidentschaftswahl in Frankreich 2017 (am 23.4.) kam Marine Le Pen in der ersten Runde auf 21% - das zu diesem Zeitpunkt beste Ergebnis in der Geschichte des rechtsradikalen Front National (FN). Beim ersten Wahlgang 2022 stieg die Zustimmung zum

---

<sup>3</sup> Brot für die Welt (Hg.): Atlas der Zivilgesellschaft - Freiheitsrechte unter Druck, Schwerpunkt Digitalisierung, Zahlen. Analysen. Interviews. Weltweit; oekom Verlag München 2022; S.6. (im Folgenden: Atlas der Zivilgesellschaft)

Der Atlas nimmt eine Unterteilung in fünf Gruppen vor:

- a. offen (open): 3% der Weltbevölkerung (39 Staaten),
- b. beeinträchtigt (narrowed): 8% der Weltbevölkerung (41 Staaten)
- c. beschränkt (obstructed): 18% der Weltbevölkerung (43 Staaten)
- d. unterdrückt (repressed): 44% der Weltbevölkerung (48 Staaten)
- e. geschlossen (closed): 26% der Weltbevölkerung (25 Staaten)

Für die als „offen“ gekennzeichneten Länder gilt: „Der Staat ermöglicht und garantiert allen Menschen zivilgesellschaftliche Freiheiten. Sie können ohne rechtliche oder praktische Hürden Vereinigungen bilden, im öffentlichen Raum demonstrieren, sie bekommen Informationen und dürfen diese auch verbreiten. Autoritäten sind offen für Kritik von zivilgesellschaftlichen Organisationen und bieten Plattformen für intensiven und konstruktiven Dialog mit Bürgerinnen und Bürgern. Demonstrierende werden von der Polizei grundsätzlich geschützt und die Gesetze zur Regelung des Versammlungsrechts entsprechen internationalen Standards. Es gibt freie Medien, Internetinhalte werden nicht zensiert und Regierungsinformationen sind leicht zugänglich.“ (Atlas der Zivilgesellschaft, a.a.O. S.10ff.)

Redaktionsschluss des diesjährigen Atlas war der 20.2.2022.

Lt. „Demokratieindex“ des britischen Analyseunternehmens "Economist Intelligence Unit" (EIU) lebte 2021 weniger als die Hälfte (45,7%) der Weltbevölkerung in einer Demokratie. Es ist das schlechteste Ergebnis seit 2010. 2020 waren es noch 49,4%. Seit 2006 wird der „Demokratieindex“ jährlich ermittelt. Das Ergebnis wirft "ein Licht auf die anhaltenden Herausforderungen für die Demokratie weltweit, unter dem Druck der Coronavirus-Pandemie und der zunehmenden Unterstützung für autoritäre Alternativen".

In einer "vollwertigen Demokratie" lebten nur 6,4 Prozent der Weltbevölkerung (21 von 167 Ländern), ein leichter Rückgang im Vergleich zum Vorjahr. Spitzenreiter ist weiterhin Norwegen, gefolgt von Neuseeland, das vom vierten auf den zweiten Platz aufstieg, sowie Schweden, Finnland, Island und Dänemark. Deutschland liegt wie im Vorjahr auf dem 15. Rang - zwischen Luxemburg und Südkorea. (Demokratie auf dem Rückzug: Tagesschau 10.2.2022), vgl. auch: EIU-Demokratieindex 2021: weniger als die Hälfte der Weltbevölkerung wird als in einer Demokratie lebend eingestuft, wobei Europa weiter an Boden verliert und Spanien zu einer "mangelhaften Demokratie" herabgestuft wird. <https://www.presseportal.de/pm/29138/5142882>

Eine von der Bertelsmann-Stiftung Anfang des Jahres vorgelegte Untersuchung kommt zu dem Ergebnis: „Erstmals seit 2004 gibt es lt. Transformationsindex (BTI) mehr autokratische als demokratische Staaten. Hiernach sind von 137 untersuchten Ländern noch 67 Demokratien, die Zahl der Autokratien steigt auf 70.

In den vergangenen zehn Jahren hat nahezu jede fünfte Demokratie an Qualität eingebüßt, darunter einst stabile Demokratien. In vielen Autokratien haben Unterdrückung, Machtmissbrauch und die Einschränkung von Meinungs- und Versammlungsfreiheit weiter zugenommen. Sieben Staaten, die noch vor zwei Jahren als "defekte Demokratien" galten, sind 2022 zu Autokratien abgestiegen. Bereits bestehende Defizite sind durch die Corona-Pandemie noch deutlicher zutage getreten. vgl. Demokratie weltweit unter Druck: Zahl der autoritären Regierungen steigt weiter: <https://www.bertelsmann-stiftung.de/de/themen/aktuelle-meldungen/2022/februar/demokratie-weltweit-unter-druck>

FN auf 23,1%. Zählt man die Stimmen für den noch extremeren Éric Zemmour hinzu, haben die rechtsextremen Parteien in Frankreich zusammen 30,2% der Wählerstimmen bekommen!<sup>4</sup> Bereits vor dem ersten Wahlgang war die zentrale im Raum stehende Frage: Wie hoch wird die Zustimmung zum FN sein? Entsprechend sorgenvoll wurde im Vorfeld über das Ergebnis der Stichwahl am 24.4. spekuliert. Ein Wahlsieg des FN wurde u.a. in der Tagesschau nicht für unmöglich gehalten. Eher bedrückend als erleichternd war das Ergebnis: Macron bekam 58,55% der Stimmen, Le Pen 41,45%. Nur 74% der Wahlberechtigten haben sich an der Stichwahl beteiligt – 26% haben sich nicht beteiligt – mehr als 1/4 der Wahlberechtigten sehen sich durch die wiedergewählte Regierung nicht vertreten. „Wen sollte ich wählen? Für mich waren beide Kandidaten nicht wählbar“, so später der Kommentar einer französischen Freundin – eine Haltung, die auf viele Französinnen und Franzosen zutrifft.<sup>5</sup>

Von Nichtregierbarkeit Frankreichs ist nach der Parlamentswahl am 19.6.2022 die Rede. 63 Sitze hat Macron gegenüber 2017 verloren und damit die absolute Mehrheit, während der FN 81 Sitze gegenüber 2017 dazugewonnen hat.<sup>6</sup> Ebenso wichtig wie erschreckend: Es gibt „nur eine einzige echte Mehrheit (..)“: nämlich der Anteil von 54 Prozent der Stimmberechtigten, die aus Protest oder Desinteresse nicht wählen gingen.<sup>7</sup> Unter den Nichtwähler\*innen sind die 18-35jährigen mit 70% ihrer Altersgruppe besonders stark vertreten.<sup>8</sup>

Sieht man/frau sich weiter um in der EU, -in Italien, Griechenland, Tschechien etc.- werden die Wolken nicht heller. An der Rechtsstaatlichkeit Polens gibt es erhebliche Zweifel.<sup>9</sup> Die Bevölkerung in Polen ist tief gespalten: Nach einer von >More in Common< im Auftrag der Robert-Bosch-Stiftung 2021 durchgeführten Befragungen in Deutschland, Frankreich, Polen,

---

<sup>4</sup> Macron kam im ersten Wahlgang auf 27,85%.

<sup>5</sup> Zu den Nichtwähler\*innen kommen noch 2,23 Millionen Wähler\*innen hinzu, die in der Stichwahl von einer Besonderheit des französischen Wahlsystems Gebrauch gemacht und "weiße" Stimmzettel (blancs) abgegeben haben. Außerdem gab es fast 800.000 "ungültig" abgegeben Stimmen. D.h. insgesamt haben mehr als drei Millionen wahlberechtigte Französinnen und Franzosen, die sich an der Stichwahl beteiligt haben, durch ihre Wahlentscheidung deutlich gemacht, dass sie weder mit Macron noch mit Le Pen als Präsident\*in einverstanden sind, unter ihnen auch ein erheblicher Teil der französischen Linken. (vgl. statista - Statistiken zu den Präsidentschaftswahlen in Frankreich. Veröffentlicht von Bruno Urmersbach, 12.05.2022) D.h. mehr als 1/3 der französischen Bevölkerung sieht sich danach von der Regierung nicht vertreten, ignoriert, abgehängt.

<sup>6</sup> Sitzverteilung im französischen Parlament 2017 und 2022 – vom 577 Parlamentssitzen insgesamt  
Macron und LREM: 2017 – 308 Sitze= absolute Mehrheit, 2022 – 245 Sitze=63 Sitze weniger gegenüber 2017  
Marine Le Pen und FN – 2017: 8 Sitze= 7 Sitze fehlen für Fraktionsstatus; 2022: 89 Sitze= mehr als 11mal mehr Sitze als 2017 und damit Fraktion im französischen Parlament  
Jean-Luc Mélenchon, Vorsitzender des Bündnisses NUPES (Bündnis aus Sozialisten, Grünen und Kommunisten):  
2022 – 142 Sitze= stärkste Oppositionskraft.

<sup>7</sup> TAZ 20.6.2022

<sup>8</sup> TAZ 20.6.2022

<sup>9</sup> Der jahrelange Streit um die von der PIS-Regierung eingerichtete sog. Disziplinar-Kammer, die der Regierung die Möglichkeit gibt, missliebige Gerichtsentscheidungen zu verhindern, Richter abzustrafen, zu versetzen, sogar aus dem Amt zu entfernen, ist bis heute nicht wirklich gelöst. Lt. EuGH-Urteilen ist die Kammer illegal, suspendierte Richter sind wieder einzustellen und andere Strafen zurückzunehmen.

Großbritannien und den USA<sup>10</sup> ist es der Mehrzahl der befragten Polen und Polinnen dennoch wichtig, in einem demokratischen Land zu leben (91%). Und fast genauso viele Menschen sind davon überzeugt, dass Demokratie die beste Regierungsform ist (87%). Doch ausschließlich Anhänger\*innen der PIS-Regierung sind überzeugt davon, dass ihre Stimme von der Politik gehört wird.<sup>11</sup> Was ist mit denen, die sich nicht von der PIS vertreten sehen? Wo finden sie Gehör? „40 Prozent der Polinnen und Polen glauben, dass Menschen, die anders denken als sie selbst, zum Nachteil Polens handelten. In diesem Sinne empfinden Wähler verschiedener Parteien füreinander mehrheitlich keinen Respekt.“<sup>12</sup>

An der mangelhaften bis fehlenden Rechtstaatlichkeit Ungarns besteht seit Jahren kein Zweifel.

Und außerhalb Europas? Wohin der weitere Weg der USA führt, ist ungewiss. Schon jetzt bestehen große Sorgen über den Ausgang der bevorstehenden Midterm-Wahlen und die anschließende Handlungsfähigkeit der Regierung. Die Mehrheit der Republikaner\*innen ist weiterhin davon überzeugt, dass der jetzige Präsident seinem Vorgänger die Wahl gestohlen hat – für sie ist Biden kein rechtmäßiger Präsident der USA. Einen Beleg für ihre Behauptung haben sie nicht.<sup>13</sup> Konfrontation, Diskreditierung und Machtkämpfe bestimmen das politische Klima.

Auch in Deutschland steht es nicht gut um die Demokratie. Bis vor wenigen Jahren hieß es, Deutschland sei eine gefestigte Demokratie, eine Aussage, die schon damals infrage gestellt werden konnte. Heute äußern sich auch verantwortliche Politiker\*innen besorgt: „Wir sehen sehr deutlich, dass wir unsere Demokratie mit aller Kraft schützen müssen,“ so die Bundesinnenministerin.<sup>14</sup>

Untersuchungen über den Zustand der Demokratie in Deutschland werden in Zwei-Jahres-Abständen mit den seit 2006 erscheinenden >Mitte-Studien< von der Friedrich-Ebert-Stiftung vorgelegt. In deren Fokus stehen „antidemokratische Einstellungen in der deutschen Bevölkerung“. Vergleicht man allein die beiden letzten Studien (>Die verlorene Mitte- Feindselige Zustände in Deutschland 2018/19< und >Die geforderte Mitte –

---

<sup>10</sup> In jedem der genannten Länder wurden mehr als 2000 Menschen im 1.Quartal 2021 zu ihren „Vorstellungen und Ansichten rund um Demokratie sowie zu ihrem politisch-gesellschaftlichen Erleben befragt“. Vgl. Beziehungskrise? Bürger und ihre Demokratie in Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Polen und den USA; More in Common Deutschland im Auftrag der Robert-Bosch-Stiftung, 2021 – (im Folgenden: Beziehungskrise?)

<sup>11</sup> „Die meisten Politiker kümmern sich in erster Linie um ihre privaten Interessen“ – dieser Meinung sind 79% der Befragten. Und: „Den meisten Politikern ist es egal, was die Menschen denken“ – diese Meinung wird von 76% der Befragten geteilt. (vgl. Beziehungskrise? a.a.O. S.70)

<sup>12</sup> Vgl. Beziehungskrise, a.a.O. S.69.

<sup>13</sup> Wie bedroht die Rechtstaatlichkeit in den USA ist, machen im Kontext der Stürmung des Kapitols am 6.1.2021 durch von Trump angestachelte rechtsradikale Fanatiker die Zeugenaussagen der noch nicht abgeschlossenen Anhörungen dazu deutlich.

<sup>14</sup> Tagesschau 10.5.2022. Weiter heißt es: „Die Zahl der Straftaten gegen den Staat und seine Vertreter (hat) noch einmal stark zugenommen hat. Mehr als 14.000 Straftaten hat die Polizei hier registriert - ein Plus von knapp 51 Prozent.“ Seit 2021 gibt es beim Bundesamt für Verfassungsschutz ein Ermittlungsfeld "Verfassungsschutzrelevante Delegitimierung des Staates".

Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2020/21<sup>15</sup>), so wird deutlich, wie sehr Misstrauen und Distanz zugenommen haben, obwohl sich in beiden Studien die Mehrzahl der Befragten selbst als überzeugte Demokraten bezeichnen.<sup>16</sup> Gefragt nach ihrem Vertrauen, kommt die o.g. Studie der Robert-Bosch-Stiftung zu einem vergleichbaren Ergebnis. Danach sind nur 64% der Deutschen überzeugt, dass sie ihrer Landesregierung vertrauen können – kein Vertrauen haben danach 36%! Noch weniger, nämlich 60%, bringen der Bundesregierung Vertrauen entgegen, 40% tun das demnach nicht.<sup>17</sup> Davon, dass die Regierung das Volk betrügt, sind lt. Mitte-Studie 2020/21 16% überzeugt und weitere 20% schließen das nicht aus.<sup>18</sup> Dazu ist der Anteil derer gestiegen, die die Demokratie grundsätzlich ablehnen: von 2-3% auf 9,4%. Hinzu kommen 17%, die nur teilweise überzeugt sind von der Demokratie als Regierungs- und Form des Zusammenlebens.

Jede\*r fünfte Befragte ist der Meinung „Politiker und andere Führungspersönlichkeiten sind nur Marionetten der dahinterstehenden Mächte.“<sup>19</sup> Dass „geheime Mächte (..) für die Coronapandemie verantwortlich“ seien, können/wollen gut 18% nicht ausschließen.<sup>20</sup> Welche Mächte das sein sollen, wird nicht gesagt.

17 % sind überzeugt, dass „die Coronapandemie genutzt [wird], um Zwangsimpfungen einzuführen“, 8% widersprechen dem nicht. Ob damit auch die Existenz der Pandemie angezweifelt wird, bleibt offen.

Die Existenz der Klimakrise wird von einem Teil der Befragten angezweifelt: So sagen 8%, dass die „Studien, die einen Klimawandel belegen, (..) meist gefälscht“ seien, 13 % stimmen dem mit teils/teils zu.<sup>21</sup>

Der Forderung „Was Deutschland jetzt braucht, ist eine einzige starke Partei, die die Volksgemeinschaft insgesamt verkörpert“ stehen mit 34,8 % erschreckend viele der Befragten zustimmend bzw. nicht ablehnend gegenüber.<sup>22</sup>

---

<sup>15</sup> Für die Studie 2018/19 wurden 1850 Personen befragt, 2020/21 waren es 1750.

<sup>16</sup> Für 72,1% der Befragten ist das eine korrekte Selbstbeschreibung 17,4% übernehmen sie „teils/teils“. Mitte-Studie 2020/21

<sup>17</sup> Noch geringer ist danach mit 48% das Vertrauen in die politischen Parteien. Vgl. Beziehungskrise, a.a.O. S.24

<sup>18</sup> „Unser Land gleicht inzwischen mehr einer Diktatur als einer Demokratie“. 2020/21 sind davon sind 16% überzeugt, 11% stimmen der Aussage teilweise zu. (Mitte-Studie 2020/21) Dass die Corona-Pandemie das Misstrauen bestärkt hat, ist offensichtlich.

<sup>19</sup> Nach der im Auftrag der Robert-Bosch-Stiftung im Februar und März 2021 unter 2015 Menschen in Deutschland durchgeführten Befragung sehen sogar 51% der Befragten Politiker als „Marionetten der dahinterstehenden Mächte“. „In diesem Sinn recherchieren 44 Prozent oftmals gezielt >nach Themen, die die Politik verschweigt<“. Siehe: Beziehungskrise?, a.a.O. S.24.

<sup>20</sup> Entsprechend ist nur eine knappe Mehrheit von 55% bereit, der Aussage „In unserem aktuellen politischen System kommen in der Regel gute Ergebnisse heraus“ zuzustimmen. vgl. Beziehungskrise?, a.a.O. S.22

<sup>21</sup> Mitte-Studie 2020/21

<sup>22</sup> Mitte-Studie 2020/21

## Demokratie und Ausgrenzung

Der Meinung, dass wir „im nationalen Interesse nicht allen die gleichen Rechte gewähren können“ stimmen 23% der Befragten zu, weitere rund 25% antworteten mit „teils/teils“.<sup>23</sup> Zwar sind aktuell aus der Ukraine geflüchtete Menschen willkommen und finden unbürokratisch Aufnahme in Deutschland. Diese Freundlichkeit aber scheint denen, die keinen ukrainischen Pass haben, auch wenn sie aus der Ukraine flüchten mussten, nicht bzw. nur unter erschwerten Bedingungen zuteil zu werden. Betroffen sind u.a. Stipendiaten aus afrikanischen Ländern und Indien.<sup>24</sup>

40 % der Befragten äußern generell negative Meinungen gegenüber Asylsuchenden, 16 % äußern sich negativ zu Sinti\_ze und Rom\_nja. Wohin wird diese Einstellung führen, wenn wieder mehr Menschen aus nicht-europäischen Ländern in Deutschland Schutz, Hilfe und Aufnahme suchen?<sup>25</sup> Werden sich die 1990er Jahre wiederholen, als ehemalige Vertragsarbeiter, Geflüchtete und andere ausländische Mitbürger\*innen einer Kette von Übergriffen, vor allem Brandanschlägen schutzlos ausgeliefert waren, als Tote und Schwerverletzte bewusst in Kauf genommen wurden? Wer erinnert sich heute noch an die Opfer und die unfassbare Verrohung unter den Tätern und denen, die sie johlend anfeuerten, während die Opfer versuchten, den Flammen zu entkommen: Hoyerswerda (16.9.1991), Hünxe (3.10.1991), Rostock-Lichtenhagen (22.-26.8.1992), Mölln (23.11.1992), Solingen (29.5.1993), Lübeck (18.1.1996)?<sup>26</sup> Kann sich so etwas wiederholen? – werden im

---

<sup>23</sup> Mitte-Studie 2020/21

<sup>24</sup> Mehr als 100 Mio. Menschen sind aktuell weltweit auf der Flucht. Innerhalb von 10 Jahren hat sich ihre Zahl verdoppelt. Ende 2021 waren es lt. UN-Angaben 89,3Mio. Sie flüchten vor Krieg, Gewalt und Hunger infolge der Klimakatastrophe – die Mehrzahl innerhalb ihres eigenen Landes oder in die unmittelbaren Nachbarländer. Europa hat seine Grenzen kaum überwindbar verschlossen. Geflüchtete, die auf dem Weg durch das Mittelmeer versuchen, nach Europa zu gelangen, werden, wenn sie Glück haben, von privaten Seenotrettungsschiffen aufgenommen. Nur noch in die Länder an den Außengrenzen gelangen Menschen, die auf der Flucht sind – die meisten (3,8 Mio. Menschen) haben Aufnahme in der Türkei gefunden. In Griechenland folgt, goutiert von der EU, die Inhaftierung in Lagern, ohne Perspektive, ausreichende Versorgung, Schulen für die Kinder und Wohnraum. Anerkannte Flüchtlinge sind gezwungen, auf der Straße zu leben, weil sie, wie Mitsotakis zynisch sagt, den Griechen gleichgestellt sind. Um sie sorgen sich allein private Helfer\*innen und Organisationen wie NAOMI in Thessaloniki.

<sup>25</sup> Monatelang mussten vor dem russischen Überfall auf die Ukraine Geflüchtete im Niemandsland zwischen Belarus und Polen ausharren ohne Versorgung in Kälte und Nässe. Wer hat sich für sie eingesetzt? Von einigen Aktivist\*innen und Bewohner\*innen nahe gelegener Dörfer war zu hören, dass sie versucht haben, mit Zelten, Medikamenten und Nahrungsmitteln zu helfen. Auch als berichtet wurde, dass Menschen verhungert und erfroren sind, war schreiendes Schweigen von Seiten politisch Verantwortlicher sowohl in Belarus wie in Polen und allen übrigen Ländern der EU zu vernehmen. Inzwischen sind sie gänzlich aus dem Blickfeld verschwunden. Niemand, auch nicht die Bundesrepublik, hat dafür gesorgt, die Menschen aufzunehmen – unbürokratisch und sofort.

<sup>26</sup> In Hoyerswerda galt der Anschlag ehemaligen DDR-Vertragsarbeitern und syrischen Flüchtlingen. Die Vertragsarbeiter wurden daraufhin abgeschoben. Sie warten bis heute auf Entschädigung und Teile ihrer Rente. Den deutschen Nachbarn wurde aufgrund der Belästigung erst einmal die Miete erlassen.

Zwei Kinder wurden in Hünxe lebensgefährlich verletzt; sie leiden noch heute an den Folgen der Verbrennungen. Drei Menschen starben in Mölln, die Stadt kann sich bis heute nicht auf ein Gedenken einlassen, das die überlebenden Familienmitglieder beteiligt. Anteil nehmende Briefe an die überlebenden Angehörigen wurden denen nie ausgehändigt. Eine Mitarbeiterin der städtischen Bühnen Köln entdeckte die Briefe in diesem Jahr (2022!), als sie sich in Mölln aufhielt und im Rathaus recherchierte für eine Bühnenfassung der Ereignisse vom 23.11.92.

In Solingen starben fünf Menschen, in Lübeck zehn, 38 wurden schwer verletzt. In Rostock-Lichtenhagen sind mehr als 100 Menschen Opfer eines sich über Tage hinziehenden Pogroms, die Mehrzahl ehemalige Vertragsarbeiter aus Vietnam und Kuba. Den Anschlägen vorausgegangen waren jahrelange Bestrebungen der CDU/CSU, in der Bundesrepublik lebende Ausländer\*innen, insbesondere Gastarbeiter aus der Türkei, loszuwerden „Deutschland kann nach seiner Geschichte und seinem Selbstverständnis kein Einwanderungsland sein oder werden. (...) Die Eingliederung aller in der Bundesrepublik Deutschland lebenden Ausländer (...) ist (...) weder möglich noch in beiderseitigem Interesse wünschenswert. Die Zusammenführung von

September 2021 Teilnehmer eines Gedenkens an den Anschlag in Hoyerswerda gefragt: „Klar. Die Verhältnisse haben sich geändert, aber die Meinungen sind noch da“.<sup>27</sup>

## Demokratie und Beteiligung

In ihrer Studie zur Demokratie sieht die Robert-Bosch-Stiftung unter den Befragten drei speziell zu erwähnende Gruppen:

- „Die Passiv-Indifferenten“ (18% der Befragten)  
Sie zeichnet in der Mehrheit Gleichgültigkeit für gesellschaftspolitische Fragen und das Gemeinwesen insgesamt aus. „Sie sind (..) weder radikal noch gemäßigt, sondern in erster Linie unbeteiligt“<sup>28</sup>, oft unter 40 Jahre alt, erwerbstätig mit einem Einkommen im unteren Mittelfeld, interessieren sich kaum für politische Nachrichten, gehen seltener wählen, sind, wenn sie doch wählen, nicht festgelegt auf eine bestimmte Partei und deren Programm und haben nicht selten Migrationshintergrund. Häufig sind sie Eltern minderjähriger Kinder. Ob ihr Desinteresse in fehlender Zeit, Energie und Kraft begründet ist, oder ob es unabhängig von der Verantwortung für die Kinder existiert, ob die Kinder eher ein Vorwand sind, bleibt offen.  
Nicht wenige sind bereit, auch Einschnitte hinzunehmen, sogar wenn die einen Abbau von Demokratie bedeuten, oder gar ein diktatorisches Regime: *„Irgendwann kommt der Punkt, wo man sich denkt, es muss jetzt jemanden geben, der die Zügel in die Hand nimmt und sagt: ‚Passt auf, das machen wir so und so.‘ Ohne dass jemand da reingrätscht und sagt: ‚Aber, aber, aber.‘“*<sup>29</sup> Auf die Frage >Was habe ich von Demokratie? < wissen sie, wenn überhaupt, nur eine vage Antwort zu geben.
- Die Enttäuschten Output-Orientierten (8% der Befragten)  
Sie befürworten die Demokratie und erwarten einen fürsorglichen Staat mit einer starken politischen Führung, „der das Leben der Menschen gestaltet, der gute Ergebnisse für die Bürgerinnen und Bürger erzielt“<sup>30</sup>, auch wenn damit Einschränkungen bürgerlicher Freiheiten verbunden sein sollten. Ihrer Überzeugung nach hat der Staat zu liefern, d.h. für die Grundversorgung der eigenen Bürger\*innen zu sorgen - Erwartungen, in denen sie sich häufig enttäuscht sehen. Die Folge sind Ohnmachtsgefühle und ein wachsender Abstand zum politischen System. Die Betroffenen sind oft Frauen, die älter sind als 50 Jahre mit einem niedrigen Einkommen. Sie verfolgen aufmerksam die Nachrichten. Ihr Engagement beschränken sie auf ihr unmittelbares Umfeld, weil ihrer Überzeugung nach Bürger\*innen ja doch nichts gesellschaftlich verändern können. 94 Prozent der enttäuschten Output-Orientierten sind mit dem politischen System unzufrieden. Sie sehen sich von Politikern nicht gehört und ungerecht behandelt, zu Bürger\*innen >zweiter Klasse< degradiert.

---

Familien soll (..) durch Förderung der Rückkehr in die Heimat bewirkt werden.“, heißt es im Antrag 9/1288 der Fraktion CSU/CSU vom 21.01.82 an den Bundestag, unterschrieben vom späteren Bundeskanzler Helmut Kohl und Friedrich Zimmermann, dem späteren Bundesinnenminister. Flüchtlinge sollten keine Aufnahme in Deutschland finden. Von „Scheinasylanten“ und „massenhaftem Missbrauch des Asylrechts“ war die Rede. Die Anschläge in den 1990er Jahren auf Häuser, in denen ehemalige Vertragsarbeiter aus der DDR, Gastarbeiter und Geflüchtete lebten, galten als Beweis dafür, dass der deutschen Bevölkerung die Ausländer nicht zuzumuten seien – nicht als die Folgen eines herbei geredeten Problems, hinter dem politische Interessen standen. Das Asylrecht wurde bis zur Unkenntlichkeit verschärft – und ist es bis heute.

<sup>27</sup> TAZ 16.9.2021

<sup>28</sup> Beziehungskrise?, a.a.O. S.28.

<sup>29</sup> Beziehungskrise?, a.a.O. S.30.

<sup>30</sup> Beziehungskrise?, a.a.O. S.31.

Für beide Gruppen gilt: Sie sind misstrauisch gegenüber Politikern und staatlichen Institutionen.

- Eine weitere, von den vorausgegangenen sich deutlich unterscheidende Gruppe sind die „kritischen Aktivbürger“ (ca. 10% der Befragten). Sie sind davon überzeugt, dass Bürger\*innen die Gesellschaft verändern können und erwarten, gehört zu werden und mitbestimmen zu können. „Ihr Engagement hat eine (..) misstrauische und prüfende Note.“<sup>31</sup> Die Pandemie und die von politischer Seite angeordneten Einschränkungen (nicht selten ohne Begründung und ohne Rücksicht auf die Wohn- und Lebenssituation der Betroffenen) waren für die „kritischen Aktivbürger“ begleitet von einer tiefen Erschütterung gegenüber staatlichen Institutionen und ihren Vertretern. Diese selbstbewussten, engagierten Bürger\*innen sind mehrheitlich keine Demokratiegegner\*innen. Doch sie sind nicht selten frustriert und enttäuscht - und wählen auffallend oft AfD.

### Demokratiegegner und Rechtsextremismus

Erwähnt werden müssen schließlich diejenigen, die die Demokratie grundsätzlich ablehnen: die Rechtsextremen, die Nazis. „Kein anderes europäisches Land hat in den vergangenen Jahren so viel rechtsextreme Gewalt erlebt wie Deutschland. Die rechtsterroristischen, rassistischen und antisemitischen Anschläge von Halle und Hanau sowie der Mord an dem Kasseler Regierungspräsidenten Walter Lübcke sind nur die signifikantesten Ereignisse: Im Hintergrund stehen hoch radikalisierte rechtsextreme Netzwerke online wie offline, die ihrerseits mit rechtspopulistischen wie menschenfeindlichen Netzwerken interagieren. Dazu gehören auch solche in den Sicherheitsorganen<sup>32</sup> und Zellen, die sich aus der Bevölkerung heraus gebildet und konkrete Anschlagpläne und/oder Vorbereitungen für einen imaginierten Tag X (Goertz 2020) getroffen haben. Einige Gruppen verfolgen dabei die Strategie der rechtsextremen Akzeleration, das heißt einer Beschleunigung der Stimmungslage und Ereignisse mit dem Ziel, Chaos zu stiften und die Demokratie zu destabilisieren<sup>33</sup>, mit welchen Mitteln auch immer. Dazu zählen explizit Terroranschläge auf

---

<sup>31</sup> Beziehungskrise?, a.a.O. S.37.

<sup>32</sup> Siehe dazu u. a. den Lagebericht des Bundesinnenministeriums (September 2020): Rechtsextremismus in den Sicherheitsbehörden. <https://www.verfassungsschutz.de/SharedDocs/publikationen/DE/2020/lagebericht-rechtsextremisten-in-sicherheitsbehoerden.html> [Aufruf am 1.6.2021].

<sup>33</sup> Nur gut zwei Monate zurück liegen Pläne, die aufgedeckt und vereitelt werden konnten: „Die Generalstaatsanwaltschaft Koblenz ermittelt gegen zwölf Männer und Frauen, die eine schwere staatsgefährdende Gewalttat und weitere Straftaten geplant haben sollen. Nach Informationen des ARD-Politikmagazins „Report Mainz“ sollen sie geplant haben, durch Anschläge auf Umspannwerke und Stromleitungen einen bundesweiten Stromausfall herbeizuführen, um bürgerkriegsähnliche Zustände zu verursachen. Dieses Chaos wollten die Beschuldigten nach Ansicht der Ermittler nutzen, um das demokratische System in Deutschland zu stürzen und anschließend die Regierung zu übernehmen. Außerdem habe die Gruppe in einer Aktion namens „Klabautermann“ geplant, Gesundheitsminister Karl Lauterbach zu entführen und seine Personenschützer „auszuschalten“. (..) Nach Informationen des ARD-Politikmagazins konkretisierten sich die Pläne der zwölf Beschuldigten in den vergangenen Tagen. So wollte die Gruppe für mehrere zehntausend Euro Waffen, Minen und Schutzrüstung kaufen. Eine erste Übergabe von zwei Kriegswaffen des Typs Kalaschnikow und fünf Pistolen sollte am Mittwoch im rheinland-pfälzischen Neustadt an der Weinstraße über die Bühne gehen. Doch das Angebot war eine Falle der Ermittler. Der Waffenkäufer wurde festgenommen, wie auch zwei weitere Männer (..) in Niedersachsen und Brandenburg.“ (TAZ 14.4.2022) Vgl. auch Tagesschau vom 14.4.2022: „Geplante Lauterbach-Entführung - Vier Beschuldigte in Untersuchungshaft“

muslimische, jüdische oder linke Personen, auch mit dem Ziel, Gegengewalt zu erzeugen. Es geht bei allem darum, eine neue alte Ordnung herzustellen mit überkommenen Machtstrukturen zugunsten weißer, heterosexueller Männer (Lauer & Jakobson 2020).<sup>34</sup> Angesichts der neuen Gefahren sind dabei die noch immer nicht vollständige Aufdeckung der Hintergründe des NSU-Terrors und die vielen weniger beachteten rechtsextremen Anschläge, Tötungsversuche und Morde der vergangenen Jahre umso irritierender.<sup>35</sup> Wie groß die Gewaltbereitschaft ist, die sich unter der Decke der Gesellschaft ausgebreitet hat und weiter ausbreitet, können wir nur ahnen.

Viele Fragen sind offen:

Welchen Einfluss auf die zunehmende Radikalisierung hat die Klimakatastrophe? Welchen Einfluss haben die Konzentration von Reichtum auf der einen, wachsender Armut und Existenzangst auf der anderen Seite? Welchen Einfluss haben die sich fortsetzende Pandemie und immer wieder im Raum stehenden Ankündigungen möglicher drastischer Gegenmaßnahmen - ohne dass die Betroffenen einbezogen werden? Welchen Einfluss hat der Krieg in der Ukraine und dessen unabsehbare Folgen für ganz Europa, der Zusammenbruch des bisherigen wirtschaftlichen und politischen Gefüges und die Abhängigkeiten Europas von Russland, von China, den Ländern, in denen die Rohstoffe lagern, die Europa, die Deutschland für seinen Wohlstand benötigt – begrenzt vorhandene Rohstoffe, die ausgeplündert werden, als existierten sie grenzenlos? Welchen Einfluss haben die Inflation und die Angst vor deren Folgen für das eigene Leben, den eigenen Lebensstandard? Welchen Einfluss haben die zunehmend sicht- und spürbaren Veränderungen unserer Lebensgrundlagen (abgestorbene Wälder, ausgetrocknete Flüsse, Hitze, Überschwemmungen, Unwetter)? Welchen Einfluss hat die Angst davor, diesen fortschreitenden Veränderungen ausgeliefert zu sein?

Wie umfangreich diese Veränderungen sind, zeigen Schätzungen von KfW Research: Bis 2045 muss Deutschland fünf Billionen Euro investieren, um in den Bereichen Verkehr<sup>36</sup>, Energie, private Haushalte, Landwirtschaft und Industrie Klimaneutralität zu erreichen – und das in sehr kurzer Zeit. Es sind Veränderungen, für die es „keine Blaupause“ gibt. Diese Veränderungen werden nicht in allen Bereichen gleich schnell und nicht ohne Verwerfungen verlaufen.<sup>37</sup> Die Frustration und die in der Vergangenheit gemachte Erfahrung (insbesondere in Ostdeutschland und im Ruhrgebiet), die Folgen der

---

<sup>34</sup> Eine kurze Zusammenfassung von Lauer/Jakobson (2020) findet sich hier: <https://www.belltower.news/akzelerationismus-schneller-in-den-untergang-94829/> [Aufruf am 1.6.2021].

<sup>35</sup> Mitte-Studie 2020/21, S.75.

Haben uns von Deutschen begangene rassistische, rechtsextreme Verbrechen je zutiefst beunruhigt? Sind wir nicht vielmehr Meister des Verdrängens, des Nicht-Wahrhaben-Wollens und des Schönen, wenn es um die Verantwortung Deutschlands geht für die von Deutschen begangenen Verbrechen?

<sup>36</sup> Mitte-Studie 2020/21, S. 75.

<sup>37</sup> Vgl. Christine Volk, KfW Research: Klimaneutralität bis Mitte des Jahrhunderts erfordert Investitionen von 5 Billionen EUR, 07. Oktober 2021, abrufbar unter: [https://www.kfw.de/%C3%9Cber-die-KfW/Newsroom/Aktuelles/Pressemitteilungen-Details\\_673344.htm](https://www.kfw.de/%C3%9Cber-die-KfW/Newsroom/Aktuelles/Pressemitteilungen-Details_673344.htm); in: Paulina Fröhlich, Tom Mannewitz & Florian Ranft: Die Übergangenen – strukturschwach & erfahrungsstark, Zur Bedeutung regionaler Perspektiven für die Große Transformation; Bonn 2022; S.4ff.

Veränderungen und Umbrüche über Gebühr tragen zu müssen, abgehängt zu werden und keine oder kaum Verbesserung und neue Perspektiven für sich selbst und die Region entdecken zu können, dürfen sich nicht wiederholen. Diese Erfahrungen des Abgehängt- und Nicht-Gehört-Werdens haben mit dazu beigetragen, dass die AfD mehr und mehr Fuß fassen konnte besonders in den abgehängten Regionen. Sie wurde und wird als „Kümmerin“ wahrgenommen, ihre Politiker\*innen als die, die die Sorgen der Menschen ernst nehmen, die mit ihren Bürgerbussen Woche für Woche auf Marktplätzen und Treffpunkten stehen (vor allem in Ostdeutschland).

Zugleich ist sie das Auffangbecken für „Wut auf die da oben“ und die wachsende Gewaltbereitschaft. Wer den am 19.6.2022 nach Gezänk und Selbstzerfleischung abgebrochenen Parteitag der AfD als Ausdruck deren wachsender Bedeutungslosigkeit versteht, verkennt die Brisanz dieses Parteitags. Dieser Parteitag war die Demonstration der Macht und der Selbstsicherheit des nach Umsturz gierenden Björn Höcke und seiner Anhänger\*innen. Dass die Auflösung des sog. Flügels und das zeitweilige Schweigen Höckes Täuschungsversuche waren, müsste spätestens jetzt deutlich geworden sein. Seine Netzwerke wird er in der Zwischenzeit vermutlich noch enger geknüpft haben. Mindestens genauso wichtig aber ist, dass er darauf setzt, mehr und mehr zum Anziehungspunkt der sich radikalierenden Gruppen und Einzelpersonen in der Gesellschaft zu werden. Und dass er davon überzeugt ist, die ökonomische wie soziale Krise, sowie die Ungewissheit des Krieges und seiner Auswirkungen, für seine Pläne nutzen zu können. Dass die AfD als Partei sich zunehmend selbst unbedeutend macht, mag sein. Das Unterschätzen der Gefahr, die von Höcke, dem radikalen ehemaligen Flügel und sich zunehmend radikalisierender Teile der Gesellschaft ausgehen, kann sich als sehr gefährlich für die Demokratie erweisen.

### Was ist zu tun? Können Bürgerräte weiterhelfen?

Ob Bürgerräte die Demokratie retten können, werden wir wissen, wenn es mehr Praxis-Erfahrungen gibt. Gewiss aber können sie die Demokratie auf ein tragfähigeres und breiteres Fundament stellen und verlebendigen. Denn sie beteiligen die, deren Sorgen um die eigene Zukunft und die Zukunft der Kinder und Enkel wachsen mit den Veränderungen und der zunehmenden Ungewissheit, wohin der Weg führt. Bürgerräte beteiligen die, die konkret wissen, wo es fehlt, die den Alltag unter beengten Wohnverhältnisse kennen, unsichere Arbeit und knappe Finanzen, deren Lebenserfahrungen und Bereitschaft, sich zu informieren und zu engagieren, viel zu lange abgetan, überhört und übersehen wurden, obwohl sie viel zu sagen haben und ihr Unmut, nicht gehört zu werden, berechtigt ist. „Die Menschen wollen gefragt und gehört werden. (..) Dies zeigt sich in konkreten Forderungen (wie dem Ruf nach mehr direkter Demokratie), vor allem aber in einem grundsätzlichen Wunsch nach einem „dialogische[n] Verhältnis von Regierungen und Regierten“.<sup>38</sup>

---

<sup>38</sup> Paulina Fröhlich, Tom Mannewitz & Florian Ranft (2022): Die Übergangenen - Strukturschwach & erfahrungsstark, Zur Bedeutung regionaler Perspektiven für die Große Transformation. Das progressive Zentrum, Berlin und Friedrich-Ebert-Stiftung (Hrsg.) S. 28.

Die i.A. der Robert-Bosch-Stiftung durchgeführte Befragung kommt zu dem Ergebnis, dass „25 Prozent „unbedingt“ einfordern, dass sich möglichst alle Bürger aktiv am politischen Geschehen beteiligen.“ (Beziehungskrise?, a.a.O. S.18) Auf die Frage: „Welcher der folgenden Aussagen in Bezug auf Demokratie und Politik stimmen Sie jeweils eher zu?“ antwortet gut die Hälfte der Befragten (52 %): „Über wichtige Fragen sollten am besten die Bürger selbst abstimmen.“ (Beziehungskrise?, a.a.O. S.20)

## Bürgerräte sind nichts Neues

Sie gehen zurück auf jahrhundertelange Erfahrungen, aus denen wir auch heute Lehren ziehen können. Ihre Anwendungsform im Athen des 5. und 4. Jh's vor unserer Zeitrechnung unterschied sich von der im Venedig des 13. Jh's., wo Bürgerräte 500 Jahre lang zur Stadtregierung gehörten, bis Napoleon sie von außen zerstörte. Auch im Florenz des 14. Jh's.<sup>39</sup>, in Frankfurt a.M. und Münster, aber auch in vielen anderen Orten gab es sie.<sup>40</sup> Zentrales Element bis heute ist die Ermittlung der Räte durch Los. Im Unterschied zu den Anfängen geloster Bürgerräte werden heute Bürger\*innen aller Alters- und Berufsgruppen, mit und ohne deutsche Staatsbürgerschaft, zu gleichen Teilen Frauen und Männer, aus allen Regionen bzw. Teilen der Stadt ausgelost. Sie stellen ein Abbild der Gesamtgesellschaft dar. Die Gesamtzahl ist im Vorfeld festgelegt.<sup>41</sup>

Aufgrund seiner Bedeutung für die Zukunft sollte (auch in Dortmund) das Oberthema der Arbeit lauten: „Die Einhaltung des 1,5-Grad-Ziels, soziale Gerechtigkeit und die Transformation von Wirtschaft und Gesellschaft zu einem schonenden und erhaltenden Umgang mit unserem Planeten“.

Für die Unter- bzw. Einzelthemen und Fragestellungen werden Wissenschaftler\*innen unterschiedlicher Blickrichtungen und Positionen und Mitarbeiter\*innen zum Thema arbeitender NGOs zu Vorträgen und Beratungen hinzugezogen. Gearbeitet wird im Plenum und wegen der Komplexität der Aufgabe in thematischen, sachkundig moderierten Untergruppen, (Ernährung, Landwirtschaft, Mobilität, Wohnen, Industrie und Handwerk, Naturschutz, Digitalisierung, Gesundheit, Schule und Bildung etc.), die regelmäßig zu gemeinsamen Beratungen zusammenkommen. Der jeweilige Arbeitsauftrag ist vor Beginn eindeutig formuliert, der zeitliche Rahmen festgelegt. Durch Abstimmung ermittelte Zwischen- und Endergebnisse werden schriftlich festgehalten und veröffentlicht und sind für die Politik verbindliche Grundlage der Beratungen und Beschlüsse. Ihre Umsetzung erfolgt durch die verantwortlichen politischen Gremien. Deren Ergebnisse werden im Plenum vorgestellt, diskutiert und geprüft.

Mit gelosten Bürgerräten bereits gemachte Erfahrungen - Beispiele:

- Bürger\*innen treffen Entscheidungen, die weiter reichen und mutiger sind, als die gewählter Regierungen, die befürchten müssen, mit Entscheidungen potentielle Wähler\*innen bzw. ihre Klientel zu verprellen. So hat der unter der Schirmherrschaft des früheren Bundespräsidenten Horst Köhler arbeitende >Bürgerrat Klima< sich für ein Tempolimit ausgesprochen<sup>42</sup>, wenn auch mit einer Mehrheit, die die

---

<sup>39</sup> Lt. Van Reybrouck sind die Räte in Athen, Venedig und Florenz am besten und detailliert belegt. Siehe: David Van Reybrouck: Gegen Wahlen – Warum Abstimmen nicht demokratisch ist, Wallstein Verlag Göttingen.

In Athen wurden speziell entwickelte Losmaschinen eingesetzt. Das Losverfahren selbst vollzog sich in mehreren und verschiedenen Schritten. So konnten Versuche möglicher Einflussnahme ausgeschlossen werden.

<sup>40</sup> Zentraler Unterschied ist, dass von Athen bis Münster nur diejenigen Bürgerräte sein konnten, die Bürgerrechte hatten – Rechte, von denen Frauen, Sklaven, Arbeiter Fremde ausgeschlossen waren.

<sup>41</sup> Der „Bürgerrat Klima“, der 2021 im Laufe von 12 Sitzungen Empfehlungen an die Bundesregierung erarbeitet hat, die zur Einhaltung des 1,5-Grad beitragen sollen, hat sich aus 160 Personen zusammengesetzt. Für ihre Mitarbeit haben alle Beteiligten eine Aufwandsentschädigung erhalten.

<sup>42</sup> „Die Bundesregierung soll sofort ein generelles Tempolimit erlassen: Bundesautobahn und Kraftfahrstraßen 120km/h, Landstraße 80km/h, Innenstädte 30km/h“ – Angenommen mit 88 Ja-Stimmen bei 64 Nein-Stimmen. (Bürgerrat Klima, a.a.O.)

jahrzehntelange einseitige Fixiertheit auf das Auto erkennen lässt. Und die deutlich macht, dass Entscheidungen Zwischenstufen auf einem Weg der Auseinandersetzung, des Lernens und der Veränderungen sind. Zur Umsetzung der Empfehlungen aber ist die Regierung bis jetzt nicht verpflichtet.

- Seit 2019 gibt es auf Initiative des damaligen Parlamentspräsidenten in der Deutschsprachigen Gemeinschaft in Belgien einen kontinuierlich arbeitenden Bürgerrat. Grundlage der Arbeit des gelosten Bürgerrates ist ein im Parlament verabschiedetes Dekret. Die Arbeit findet in drei Gremien statt: Bürgerversammlung, Bürgerrat, Ständiges Sekretariat. Die zu bearbeitenden Themen werden aus von Bürgern gestellten Fragen und vorgeschlagenen Themen ausgewählt. Das Sekretariat gibt die Fragen an den aus 24 ausgelosten Bürger\*innen bestehenden Bürgerrat weiter. Ausgelost für den Bürgerrat kann jede\*r zur deutschsprachigen Gemeinschaft gehörende Bürger\*in werden, der/die mindestens 16 Jahre und kein\* Politiker\*in ist. Der Bürgerrat bestimmt die jeweils zu diskutierende Frage, stellt Informationen zusammen und regelt den Ablauf der Bürgerversammlung. Diese setzt sich aus zwischen 25 und 50 ebenfalls ausgelosten Mitgliedern zusammen. Dafür wurden zunächst 1000 Bürger\*innen angefragt, ob sie zu einer Mitarbeit bereit sind. Aus dem Pool derer, die sich zur Mitarbeit bereit erklärten haben (ca. 140 Personen) werden dann die Mitglieder ebenfalls per Los ermittelt. Wie die Mitglieder des Bürgerrats werden auch die der Bürgerversammlung entlohnt. Unter Hinzuziehen von Expert\*innen und Jurist\*innen finden anschließend moderierte Beratungen statt und dem Parlament vorzulegende Handlungsempfehlungen erarbeitet. Die Moderation verhindert, „dass Alphanimale den Dialog dominieren“.<sup>43</sup> Das Parlament entscheidet über Umsetzung oder Nicht-Umsetzung. Eine Nicht-Umsetzung verlangt eine ausführliche Begründung gegenüber dem Bürgerrat. Die Umsetzung einer Empfehlung wird vom Bürgerrat kontrolliert. Alle 6 Monate werden  $\frac{1}{3}$  der Mitglieder des Bürgerrates durch ehemalige Mitglieder der Bürgerversammlung ersetzt. Die bislang bearbeiteten Themen betreffen Wohnen, Inklusion und Pflege.<sup>44</sup>
- Citizens' Assembly in Irland: Hier ging es um das Recht auf Abtreibung. *„Ein Paragraph, der 1983 per Volksentscheid in die Verfassung aufgenommen worden war, räumte dem Fötus dasselbe Lebensrecht wie der Schwangeren ein und machte Abtreibungen praktisch unmöglich. Jedes Jahr reisten rund 6.500 Frauen für eine Abtreibung nach England. (...) Eine Mehrheit der irischen Bevölkerung hatte sich bei Umfragen seit Jahren dafür ausgesprochen, das Gesetz zu liberalisieren. Das wäre Aufgabe der Regierung gewesen. Dieser Pflicht entzog sie sich, weil sie damit einen Teil der Wählerschaft abgeschreckt hätte. Stattdessen wälzte sie das Problem auf den Bürgerrat ab. Die Citizens' Assembly tagte fünf Monate lang an den Wochenenden in einem Hotel. Zum Schluss sprach sie sich mit Zweidrittelmehrheit für ein Recht auf Abtreibung aus. Die*

---

S.48) Alle weiteren Beschlüsse, sowie Details zu Arbeitsweise, Fragestellungen, Zusammensetzung des Bürgerrats und Beratungen s. ebenfalls unter: Bürgerrat Klima.

<sup>43</sup> Bürgerrat in Belgien: Ein Experiment, um die Demokratie zu retten. Süddeutsche Zeitung 21.9.2019

<sup>44</sup> Weitere Details unter: <https://www.buergerdialog.be/en>

*Wählerinnen und Wähler waren beim darauffolgenden Referendum derselben Meinung wie der Bürgerrat – und die Regierung war aus dem Schneider.*<sup>45</sup>

- In Island ist der Verfassungsentwurf, den ein Bürgerrat erarbeitet hat, bis heute nicht umgesetzt.
- Auch in Frankreich sind die im Juli 2020 der Regierung vorgelegten Empfehlungen zur Klimapolitik nicht umgesetzt. 150 Vorschläge hat der von Präsident Macron eingerichtete Rat erarbeitet. Drei Vorschläge wurden von Macron sofort vom Tisch gewischt: „die Verminderung der Höchstgeschwindigkeit auf Autobahnen von 130 auf 110 Stundenkilometer, eine 4-prozentige Abgabe auf Dividenden zur Finanzierung der Energiewende sowie die gesetzliche Verankerung einer Pflicht zur Erhaltung der Umwelt in der Verfassung. Für den Rest erklärte sich Macron unverbindlich offen.“<sup>46</sup>

Was wird von den ausgelosten Bürgerrät\*innen erwartet?

- Zuhören können
- Bereitschaft, sich zu informieren
- Keine Machtkämpfe und Profilierungsversuche
- Respekt gegenüber anderen
- Der Wille, gemeinsame Lösungen zu finden/Lösungsvorschläge zu machen und sachlich zu argumentieren.

Welche Kernelemente gehören zu einem Bürgerrat?

- Seine Mitglieder werden ausgelost durch ein neutrales Gremium, das auf Stadtebene sinnvollerweise dem Einwohnermeldeamt angegliedert ist. Niemand darf sich selbst vorschlagen.
- Die Dauer der Amtszeit ist befristet.
- Eine unmittelbar folgende zweite Amtszeit ist nicht zulässig.
- Fraktionenbildung ist ebenfalls nicht zulässig.<sup>47</sup>
- Die Stadt stellt Sitzungsräume zur Verfügung und die nötige technische Ausstattung.
- Der Bürgerrat ist angebunden an das Büro des Oberbürgermeisters.
- Sitzungen finden in Form persönlicher Anwesenheit statt, aber - wenn nötig - auch hybrid oder online.
- Moderator\*innen sorgen dafür, dass die Redebeiträge auf alle Mitglieder gleichmäßig verteilt sind und dass die Debatten sachlich, themenbezogen und zielorientiert geführt werden, dass festgelegte Zeitrahmen eingehalten werden, sich niemand als Dauerredner\*in zu profilieren oder die Debatte an sich zu reißen versucht und dass persönlich verletzende oder beleidigende Äußerungen unterbunden werden.

---

<sup>45</sup> Bürgerräte in Irland: Ein Gremium für heikle Themen - TAZ 21.2.2021

<sup>46</sup> Bürgerräte in Frankreich: Fortschrittlicher als die Regierung – TAZ 21.2.2021

<sup>47</sup> Um die Bildung von Fraktionen zu verhindern, gab es in den Athener Räten keine festgelegte Sitzordnung. Mitglieder des Rates durften nicht während mehrerer Sitzungen neben ein- und derselben Person sitzen. Jeder sollte/musste nach seinem eigenen Gewissen entscheiden.

- Wenn nötig, wird ein auf die Schaffung von Bürgerräten spezialisiertes Büro hinzugezogen (z.B. Losland).
- Quotenfrauen (oder -männer) gibt es nicht.
- Ein Mindestalter wird festgelegt (Dem Konzept von Losland folgend liegt das bei 14 Jahren).
- Die Verteilung der Mitglieder z.B. auf Stadtebene erfolgt nach Einwohnerzahl eines Einwohnerbezirks. (Wahlkreise gibt es nicht).
- Leitende Vertreter\*innen der Wirtschaft dürfen nicht ausgeloste Mitglieder im Bürgerrat sein. Sie werden, Vertreter\*innen der Wissenschaft gleichgestellt, zu Vorträgen hinzugezogen.
- Werbegeschenke, erst recht finanzieller Art, sind untersagt. Weitere Einflussnahme(versuche) von Lobbygruppen der Wirtschaft sind ebenfalls untersagt.
- Jedes Mitglied des Bürgerrates hat Beruf und Tätigkeit(en) offenzulegen.
- Jedes Mitglied erhält für den Zeitraum seiner Mitarbeit im Bürgerrat eine Aufwandsentschädigung, sofern erforderlich auch Fahrtkosten in Höhe der Kosten des ÖPNV.
- Für Kinderbetreuung und Ersatz im Fall von Care-Verpflichtungen in der Familie oder im Freundeskreis wird kostenfrei gesorgt.
- Die Terminierung der Sitzung erfolgt so, dass jedes Mitglied teilnehmen kann. Sofern Sitzungen in die berufliche Arbeitszeit fallen, ist im Vorfeld dafür zu sorgen, dass der Arbeitgeber die betroffene Person ohne Lohnabzug freistellt.

#### Was sind Vorteile geloster Bürgerräte?

- Niemand bewirbt sich selbst für eine Mitarbeit – Zur Wahl gehörende Konkurrenzen bzw. den Drang, sich selbst möglichst vorteilhaft „zu verkaufen“ gibt es nicht.
- Persönliche Verletzungen, Diskreditierung wie in Wahlkämpfen üblich, gibt es nicht.
- Jedes Mitglied des Bürgerrates ist frei, entscheidet nach seinem Gewissen und folgt der Überzeugungskraft von Argumenten.
- Jedes Mitglied des Bürgerrates ist geerdet, kommt aus einem Beruf oder Arbeitsverhältnis und kann dorthin wieder zurückkehren, sofern er/sie nicht Schüler\*in, Student\*in, Azubi oder Rentner\*in ist.
- Ein der Bevölkerungsstruktur nicht entsprechendes Übergewicht von Mitgliedern akademischer Berufe gibt es nicht.
- Soziale Stellung und Position zählen nicht – hier arbeiten der Professor und die Reinigungskraft gleichberechtigt zusammen.
- Jede\*r lernt, die Lebenswirklichkeit, Fragen und Probleme anderer in das eigene Nachdenken und Suchen nach Lösungen einzubeziehen.
- Jede\*r lernt, den globalen Kontext in sein Fragen, Nachdenken und Entscheiden einzubeziehen, nach den Folgen von Entscheidungen für andere zu fragen, diese Folgen zu bedenken und zu berücksichtigen. International agierende NGOs/aktivist\*innen können dabei eine wichtige Hilfe sein und werden in die Beratungen (in der Regel online) einbezogen. Für Übersetzung wird gesorgt.

- Nicht der/die Mächtigere setzt sich durch, sondern das mehrheitlich getragene begründete Argument.<sup>48</sup>
- Bürgerräte sind Orte des (Dazu)-Lernens (auch des Umdenkens).
- Wer im Bürgerrat mitarbeitet hat Einfluss, muss Verantwortung wahrnehmen, nachdenken über Lösungen und Lösungsvorschläge mittragen (Schimpfen allein gibt es nicht, auch nicht auf „die da oben“)

Was spricht gegen die Einrichtung von Bürgerräten?

Nichts spricht gegen Bürgerräte. Alle Erfahrungen zeigen: Die von Bürgerräten vorgelegten Empfehlungen gehen auf ernsthafte und sachlich geführte Auseinandersetzungen zurück.<sup>49</sup> Sie sind Antworten, die zumeist weiterführender sind als die von Regierungen eingeleiteten Maßnahmen. Die Unabhängigkeit der Bürger\*innen -auch von Interessengruppen der Wirtschaft- zahlt sich aus. Doch ohne rechtliche Regelung und die Verpflichtung der politisch Verantwortlichen, über die Empfehlungen ausführlich zu beraten und eine Nicht-Umsetzung sorgfältig zu begründen, sind sie nicht mehr als der in Papier gefasste Beweis dafür, dass Bürger\*innen in der Lage und Willens sind, die Herausforderungen und Probleme zu lösen, viel Zeit und Arbeit in Empfehlungen zu stecken, um Wege aus der Krise zu finden und die Belastungen so zu verteilen, dass diejenigen entlastet werden, die schon jetzt von Einschränkungen und Unsicherheiten besonders betroffen sind<sup>50</sup>, während diejenigen, die über einen sicheren Arbeitsplatz verfügen und finanziell gut gepolstert sind, stärker belastet werden.

Weitere Experimente, die beweisen, dass die Schaffung von Bürgerräten sinnvoll, ja nötig ist und die Bereitschaft vorhanden ist, in Bürgerräten ernsthaft mitzuarbeiten und umsetzbare Empfehlungen auszusprechen, brauchen wir nicht. Was wir brauchen, ist die Bereitschaft auf allen Ebenen der Politik, zügig Bürgerräte verbindlich einzusetzen, ihre Arbeit auf eine rechtliche Grundlage<sup>51</sup> zu stellen und dafür zu sorgen, dass deren Empfehlungen ernst genommen und praktische Umsetzung finden. Wir haben nur diesen einen Planeten, der uns anvertraut ist, auf dem wir und alle Nachfolgenden gut leben können, wenn wir maßvoll, dankbar und achtsam mit ihm umgehen – eine Binsenweisheit, die wir aber, wie es scheint, noch immer nicht gelernt haben. Jetzt müssen wir sie endlich lernen, bevor es zu spät ist. Bürgerräte können dabei eine große Hilfe sein.

---

<sup>48</sup> „Bei aller Unterschiedlichkeit in Herkunft, Sozialisation, Lebensentwurf, -phase und -stil – das 1,5-Grad-Ziel des Pariser Klimaabkommens hat uns immer wieder zusammengeführt, geeint und war jederzeit unverrückbare Basis unserer zum Teil leidenschaftlich und kritisch geführten Diskussionen.“ - Votum eines Mitglieds im Bürgerrat Klima, a.a.O. S.90.

<sup>49</sup> Van Reybrouck weist darauf hin, dass die Gründe, die wider die Erfahrung gegen ausgeloste Bürger\*innen angeführt werden, „häufig mit den Gründen identisch sind, die (..) seinerzeit gegen die Verleihung des Wahlrechts an Bauern, Arbeiter und Frauen“ geäußert worden sind. Van Reybrouck, Wahlen, a.a.O. S.158.

<sup>50</sup> 16,1 Prozent der Bevölkerung, das sind 13,4 Millionen Menschen, sind arm lt. einer vom Paritätischen Wohlfahrtsverband aktuell veröffentlichten Studie mit dem Titel "Armut in der Pandemie". Das sei ein neuer trauriger Rekord, sagte Verbandsgeschäftsführer Ulrich Schneider. 2006 betrug die Quote noch 14,0 Prozent. – ARD-Tagesschau 16.6.2022

<sup>51</sup> Sofern eine rechtliche Regelung mit langwierigen juristischen Vorarbeiten verbunden sein sollte, wäre auch eine andere Form denkbar, die für beide Seiten verbindlich ist. Welche Form das sein kann, sollten Juristen sehr schnell klären.

## Literatur:

Buchstein, Hubertus: Demokratie und Lotterie – Das Los als politisches Entscheidungsinstrument von der Antike bis zur EU; Campus Verlag Frankfurt a.M. 2009.

Buchstein, Hubertus: Wir sind der Staat! Wählen, abstimmen und lösen – Die Suche nach Wegen aus der Formkrise der repräsentativen Demokratie; in: Deutscher Evangelischer Kirchentag Dresden 2011 – Dokumente, Hg. i.A. des DEK von Silke Lechner und Friedemann Düring, Gütersloher Verlagshaus Gütersloh 2012, S.438-446.

Belgien – Lasst uns die Demokratie retten! - Es geht LOS! <https://www.esgehtlos.org/geloste-burger-rate/erfolgreiche-beispiele/belgien-lasst-uns-die-demokratie-retten>

Bürgerdialog in Ostbelgien: <https://www.buergerdialog.be>

Bürgerrat Klima – Unsere Empfehlungen für die deutsche Klimapolitik: <https://buergerrat-klima.de/downloadPdf/37>

Mehr Demokratie e.V.: <https://www.mehr-demokratie.de/news/voll/frankreich-buergerrat-beschliesst-empfehlungen/>

Van Reybrouck, David: Gegen Wahlen – Warum Abstimmung nicht demokratisch ist; Wallstein-Verlag Göttingen 6. Aufl. 2019.

Brot für die Welt (Hg.): Atlas der Zivilgesellschaft 2022: Freiheitsrechte unter Druck – Schwerpunkt Digitalisierung: Zahlen. Analysen. Interviews; oekom-Verlag München 2022  
[https://www.brot-fuer-die-welt.de/fileadmin/mediapool/Atlas\\_der\\_Zivilgesellschaft/2022/Atlas\\_der\\_Zivilgesellschaft\\_2022\\_online.pdf](https://www.brot-fuer-die-welt.de/fileadmin/mediapool/Atlas_der_Zivilgesellschaft/2022/Atlas_der_Zivilgesellschaft_2022_online.pdf)

Die Übergangenen – strukturschwach & erfahrungsstark, Eine Studie zur Bedeutung regionaler Perspektiven für die Große Transformation, 3.2.2022 - <https://www.progressives-zentrum.org/die-uebergangenen/>

Robert-Bosch-Stiftung (Hg.): Beziehungskrise? Bürger und ihre Demokratie in Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Polen und den USA“, 2021 - <https://www.bosch-stiftung.de/de/projekt/beziehungskrise>

Zandonella, Martina, Ehs, Tamara: Die Auswirkungen von sozialer Ungleichheit auf die Demokratie; Wien, September 2020 -  
[https://www.sora.at/fileadmin/downloads/projekte/Zusammenfassung\\_Auswirkungen\\_sozialer\\_Ungleichheit\\_auf\\_die\\_Demokratie.pdf](https://www.sora.at/fileadmin/downloads/projekte/Zusammenfassung_Auswirkungen_sozialer_Ungleichheit_auf_die_Demokratie.pdf)

Zick, Andreas, Küpper, Beate (Hg.): Die geforderte Mitte – Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2020/21; Bundeszentrale für politische Bildung -bpb- Schriftenreihe Bd. 10783; Bonn 11.01.2022

Zick, Andreas, Küpper, Beate, Berghan, Wilhelm (Hg.): Verlorene Mitte - Feindselige Zustände: Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2018/19; Hg. für die Friedrich-Ebert-Stiftung von Franziska Schröter 25.4.2019

Gisela-Ingrid Weissinger, Dortmund im Juni 2022.

